

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Vertrieb Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Vertrieb Nr. 584

Nr. 16

Samstag, den 7. Februar 1920.

28. Jahrgang

Die Auslieferungsfrage.

Die Preussische Landesversammlung.

Berlin, 5. Februar.

In der heutigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung führte Präsident Leinert folgendes aus: Es haben alle Kenntnis davon erhalten, daß gestern der deutsche Regierung die Liste der nach Art. 228 des Friedensvertrages der alliierten und assoziierten Mächte auszuliefernden deutschen Staatsbürger zugestellt worden ist. Aus diesem Anlaß hat sich das Volk eine ungeheure Erregung bemächtigt. Wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Ehre nicht verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die unerlöschliche Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die Forderung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung schon immer als unüberführbar bezeichnet. Dem schließt sich das deutsche Volk und die Landesversammlung in jeder Beziehung an. Die Preussische Landesversammlung ist erzittern von diesem einmütigen Empfinden unseres so schwer leidenden Volkes. Um ihre Uebereinstimmung mit dem Volke festzustellen und der unsagbaren Trauer Ausdruck zu geben über das Verlangen des Verbandes, haben die Mitglieder der preussischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Partei sich beauftragt, Ihnen vorzuschlagen, die heutige Sitzung anzusetzen. (Lebhafte Beifall im ganzen Hause, das die Ansprache mit Ausnahme der USV lebhaft anhört.) Adolf Hoffmann hat im Namen der Unabhängigen Sozialdemokraten eine Erklärung ab, in der er sagt: Die Regierung hat nichts getan, um die am Krieg Schuldigen in Deutschland abzurufen, sie haben vielmehr diesen Vorwand gegeben. Eine Regierung, die mit dem Verfallzustand herrscht und die Verhöhnung der Völker mit Gewalt unterdrückt, dürfte nicht durch das Parlament unterstützt werden. Die Nation dürfte nicht leiden und ihr Schicksal dürfte nicht auf Spiel gesetzt werden, wenn es sich um das Schicksal einzelner Personen handle.

Bei diesen Worten setzten großer Lärm und Pfuiwe ein. Die Unabhängigen verlangten schließlich, daß die Tagesordnung erledigt werde, und erhoben förmlichen Einspruch gegen die Aussetzung der Sitzung. Im ganzen Hause entstand große Aufregung.

Präsident Leinert läßt über die Anregung abstimmen, wobei sich ergibt, daß alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen für Vertagung eintraten.

Die deutsche Regierung.

Ein Mitglied der Reichsregierung äußerte sich über den Standpunkt der Regierung zu der Frage der Auslieferung von Vertretern der Presse und erklärte dabei u. a.: Wir werden uns gegenwärtig in einer kritischen Situation befinden, ähnlich der im Juni 1919, als die Regierung vor der Frage stand, ob sie den Friedensvertrag unterzeichnen solle oder nicht. Wir haben damals zunächst den Versuch gemacht, die genannte Ehrenklausel im Friedensvertrag abzuändern. Als aber die Entente in einem Ultimatum die unveränderte Annahme verlangte, entschlossen wir uns unter dem Druck des drohenden Einmarsches, dieser Forderung Folge zu geben. Wir betonten dann weiterhin immer und immer wieder der Entente gegenüber, daß die Durchführung des Auslieferungsparagraphen unmöglich wäre und daß sich keine Regierung finden würde, der die Durchführung möglich wäre. Wir haben weiterhin den Versuch gemacht, die Liste der Auszuliefernden und die Angabe der Beschuldigungen zu erhalten, damit wir selbst gegen die Schuldigen einschreiten könnten, stehen dabei aber stets auf der Ablehnung der Entente. Im November 1919 machten wir dann den durch die letzten Veröffentlichungen bereits bekannt gewordenen neuen Versuch durch Herrn v. Simson in der Auslieferungsfrage zu einer Verständigung zu gelangen, jedoch wiederum ohne Erfolg. Wir wissen heute noch nicht, was die Entente tun wird. Jedenfalls ist die Reichsregierung einmütig der Ueberzeugung, daß die Erfüllung des Auslieferungsparagraphen unmöglich ist und daß in Deutschland auch keine andere Regierung denkbar ist, die in der Lage wäre, das Auslieferungsgebot zur Ausführung zu bringen. Die Regierung hält es für bedauerlich, daß Herr v. Versner entgegen seiner ausdrücklichen Instruktion die Weiterleitung der Liste an die deutsche Regierung abgelehnt hat. In einer solchen Lage mußte das Wohl des Volkes höher stehen, als die Ehrfurchung eines Einzelnen. Unsere Lage wird dadurch schwieriger, da wir im Augenblick in Paris ohne geeignete Vertretung sind. Die Regierung ist nach wie vor bestrebt, durch weitere Verhandlungen einen Ausweg zu finden.

Versners Brief.

Die englischen Zeitungen veröffentlichten den Text

des Schreibens des Herrn v. Versner an den Präsidenten der Friedenskonferenz Milner. Es lautet folgendermaßen:

Paris, 4. Febr. Herr Präsident! Erw. Excellenz hat mir heute abend die Note übermittelt, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Regierungen verlangen. Ich habe den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte zehnmal schriftlich und dreizehnmal mündlich auf eindringlichste die Gründe der Unmöglichkeit der Auslieferung dargelegt, wie immer auch die soziale Stellung und der Name der Beschuldigten sei. Ich rufe Erw. Excellenz die Erklärungen, die ich beständig wiederhole, in Erinnerung. Man wird keinen deutschen Beamten finden, der sich dazu hergeben würde, in irgend einer Weise zur Ausführung des Auslieferungsgebotens beizutragen. Es läme einer Beihilfe gleich, wenn ich die Liste kurzer Excellenz der deutschen Regierung übermitteln würde, und ich schätze sie ihnen beigefügt zu haben. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht mehr weiter ausüben kann und mit dem nächsten Zug Paris verlassen werde.

Keine Ueberführung.

Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht eine Meldung, wonach man in Entenkreisen der Ansicht sei, daß die Auslieferungsliste schon aus Achtung vor dem Friedensvertrag hätte abgemildert werden müssen. Die Liste sei aber nicht so tragisch zu nehmen, wie es in Deutschland geschehe. Es wird angegeben, daß auf der Auslieferung der Angeklagten nicht bestanden werde, was ursprünglich in dem Begleit Schreiben angedeutet gewesen sei. Die Anwendung des Artikels 228 sei nunmehr Gegenstand weiterer Verhandlungen. In diplomatischen Kreise hoffe man, daß Deutschland weniger überfordert handle, als es Herr v. Versner getan habe.

Die Auslieferungsliste.

Die jetzt vorliegende ungenaue Auslieferungsliste läßt im einzelnen, abgesehen von den bekannten Namen der Herrscher und Politiker, zum größten Teil nicht erkennen, wer gerade gemeint sein könnte. So wurde vom „Vorwärts“ vermutet, daß auch der bekannte bayerische Sozialdemokrat Erhard Auer ausgeliefert werden solle, und zwar auf Grund einer Denunziation von politischen (gemeint ist wohl unabhängigen und kommunistischen) Gegnern, weil er als militärischer Untergebener beschuldigt wird mit dem Abbruch industrieller Anlagen und mit der Rückführung ihrer Teile beschäftigt gewesen zu sein. Aus einem ähnlichen Anlaß dürften die zwei Großindustriellen Pries und Berghausen auf der Liste verzeichnet sein, die im Auftrag der türkischen Regierung Maschinen aus armenischen Fabriken requirierten und zur Herstellung von Kriegsmaterial für die Türkei dienbar gemacht haben.

Keine Selbsttötung.

Es war in Berlin seit einigen Tagen bekannt, daß verschiedene Persönlichkeiten, denen die Auslieferung angedroht war und deren Namen jetzt auch tatsächlich auf der Liste stehen, erklärt hatten, sie würden sich auf keinen Fall freiwillig stellen, sondern die Anwendung von Gewalt abwarten. Es sind darunter die bekannten Namen der Auslieferungsliste. Dem Sozial-Anzeiger erklärte General-Feldmarschall v. Bülow, daß die Männer, die auf der Auslieferungsliste stehen, nur die Pflicht ihrem Vaterland gegenüber erfüllt hätten. Den Auslieferungsbestimmungen dürfe sich kein Deutscher freiwillig fügen. Er würde sich unter keinen Umständen dem Verband freiwillig zur Verfügung stellen, sondern erst die Dinge an sich heran treten lassen. Er glaube bei der Vertagung der Ansicht im Namen der meisten Generalführer zu sprechen, die auf der Liste stehen. Am 7. Januar nachmittags habe in Berlin eine Versammlung zahlreicher Vertreter des Heeres und der Marine, darunter die hervorragendsten Führer, Stellung zur Auslieferungsfrage genommen. Es habe volle Einigkeit darüber geherrscht, daß es nicht gegen die Ehre eines Deutschen gehe, sich der Auslieferungsforderung zu entziehen, und daß ein Deutscher sich keinesfalls freiwillig stellen dürfe. Gegen jeden etwa erlassenen Befehl sei sofort Widerstand zu leisten. Diese Anschauungen seien in einem Beschluß niedergelegt worden.

Ohne Unterchied der Parteien stellen die Berliner Blätter fest, daß gegenüber dem Auslieferungsgebot die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland vollkommen geschlossen dahe. Das Auftreten des unabhängigen Abg. Hoffmann in der preussischen Landesversammlung wird daher vom „Vorwärts“ als tragisch angenommen. Der ich

... voran: Es war sogar ganz gut, daß Hoffmann das Wort nahm, dann seine Erklärungen haben gezeigt, daß seine Partei Deutschlands das Auslieferungsgebot der Entente für gerecht hält. Zu der Bemerkung Hoffmanns, er rechne bei Versuchen der Regierung den Verhandlungsweg einzuschlagen, auf die tatsächliche Unterföhrung der Sozialisten aller Länder, meint der „Vorwärts“, tatsächlich sei jedoch festzustellen, daß von dem Einwirken der Sozialisten ausländischer Parteien auf den Friedensvertrag und seine Ausführung bisher nicht das allgeringste zu bemerken war.

Französische Stimmen.

Das Pariser „Journal“ fragt sich, was angesichts der nunmehr bevorstehenden Eventualität einer Vertagung der Vertragsausführung geschehen soll. Die zu befolgende Taktik werde wohl geprüft worden sein. Es sei leicht, eine ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen, wie die Einstellung der Heimführung der Kriegsgefangenen, die Wiedereinführung der Blockade und die Übernahme neuer militärischer Besetzungen ins Auge zu fassen. Die Unterbrechung der Heimführung der Gefangenen würde den Haß nur noch vermehren. Die Wiedereinführung der Blockade würde uns den einzigen Markt, der für uns günstig ist, verschließen. Militärische Maßnahmen würden zum mindesten große Anstrengungen erfordern. Daher hält das „Journal“ dafür, daß die Weiterführung der Auslieferung der Schuldigen als Anfang des Disziplinierungszuges gegen die Durchführung aller Vertragsbestimmungen beizutreten werde. Wenn also Deutschland die Schuldigen nicht ausliefern will, schließt das Blatt, so muß mit entsprechenden Maßnahmen sofort vorgegangen werden.

Keine Auslieferung — keine Räumung.

Der „Main“ hält es nicht für nötig, daß man den Tränen der Regierung über, dem Rücktritt Versners und den Protesten der verschiedenen deutschen Regierungen wegen der Auslieferung der mörderischen Generale größere Bedeutung beimisst. Artikel 429 des Vertrages besagt, daß, wenn die Vertragsbestimmungen durch Deutschland getreulich eingehalten werden, die im Artikel 428 vorgesehene Befreiung allmählich reduziert werde. Also keine Räumung, — oder Deutschland erfüllt genau die Vertragsbestimmungen, worauf die Alliierten mit der Räumung beginnen. Wenn Deutschland den Vertrag nicht einhält, dann werden die Alliierten die in ihrer Hand gebliebenen Gebietsstücke nicht räumen. Deshalb: Wenn Deutschland die uns zu zahlenden Entschädigungen nicht zahlen kann, wird es geschehen, daß die Bewohner links des Rheins die an Deutschland abzuführenden Steuern nicht an Deutschland zahlen, sondern daß wir es übernehmen, sie einzuziehen und den eingezogenen Betrag in Rechnung stellen. Die Richtlinien unseres Verhaltens sind einfach: Keine Auslieferung — keine Räumung! Keine Kohlenlieferung und Geldzahlung — keine Räumung! Um gleich anzufangen, hoffen wir gern, daß unser Ministerpräsident bereits Anlaß genommen hat, nach einer Note zu senden, um darauf hinzuweisen, daß, wenn der Vertrag nicht eingehalten wird, die Räumungsfrist noch nicht zu laufen begonnen hat.

Das Schicksal des Kaisers.

Der Pariser Vertreter der „Kaiser Nationalzeitung“ dröhrt: Frankreich siehe mit seiner Forderung, dem ehemaligen deutschen Kaiser den Prozeß zu machen, nahezu allen. Niemand in den übrigen Verbandsländern wolle das etwas brüchliche Obium dieses Prozesses auf sich nehmen. Auf der Vorkonferenz habe der italienische Vorkonferenz erklärt, er habe die Antwort der holländischen Regierung sorgfältig geprüft und es sei ihm nicht möglich, irgendwelche juristische Einwände gegen sie zu machen. Der japanische Vorkonferenz habe sich der Erklärung angeschlossen, die erste Note an Holland sei ohne sein Wissen erfolgt und er verzichte auf eine Mitwirkung an der bevorstehenden zweiten Note. Der englische Vorkonferenz schreibe das Ausbleiben von Instruktionen aus England vor, und der amerikanische Vorkonferenz verhehle sich hinter der Nichtteilnahme.

Prozeß Erzberger-Helferich.

Berlin, 5. Febr.

Die heutige Verhandlung wurde mit dem Fall Dombrowski ausgefüllt. Es handelt sich um den feinerzeit im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel über eine einzigartige Finanztransaktion Helferichs, der nach der Behauptung Helferichs von Erzberger veranlaßt worden sein sollte.

Der Zeuge Redakteur Dombrowski kann mit Rücksicht auf das Redaktionsgeheimnis nicht anwesend.

von ihm er den fraglichen Artikel erhalten habe, erklärt aber, daß er nicht von Erzberger stamme. Darüber, ob Erzberger von dem Manuscript gekannt habe, könne er nichts sagen.

Justizrat G o r d o n erklärt: Es ist uns bekannt, daß Dr. Driesen seinerzeit Professor in der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, den Artikel an Dombrowski gegeben hat. Er hat das fragliche Schriftstück von Geheimrat Haemmer erhalten und es an Dombrowski weitergegeben, weil er den Verfasser, der sich Colonienis unterzeichnete, als besonders vertrauenswürdige Persönlichkeit tagierte.

Geheimrat Haemmer bekundet, daß ihm der Artikel persönlich zugesandt worden war. Der Finanzminister habe Kenntnis davon erhalten, daß das Schriftstück eingegangen sei, habe es ihm aber ohne jeden Vermerk zurückgegeben, woraus zu schließen gewesen sei, daß der Minister sich nicht dafür interessierte und er, Haemmer, sich zur selbständigen Arbeit für befugt halten konnte.

Helferich gebraucht in diesem Zusammenhang das Wort „Verschleierung“, was sich Haemmer verbietet. Rechtsanwalt Dr. Alsbach sagt, aus den etwas gewundenen Erklärungen der Herren Driesen und Haemmer habe er den Eindruck, als wenn hier der reinste Kettenhandel mit anonymen Schriftstücken getrieben worden sei. Dr. Alsbach fragt sodann, wer in die Deutsche Allgemeine Zeitung die nach den heutigen üblichen Auslagen unwahre Notiz lanciert habe, daß Erzberger weder von dem Inhalt des Schriftstücks Kenntnis gehabt habe noch Dombrowski direkt oder indirekt unterrichtet habe.

Dr. Driesen erklärte, die Notiz stamme von ihm, er könne es aber heute nicht auf seinen Eid nehmen, ob er dem Minister von der Veröffentlichung des Dementis Kenntnis gegeben habe.

Die Verhandlung wurde sodann auf Mittwoch vertagt.



Gullmann
Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Schloßstr. 10.

Nordische Ministerkonferenz.

Das dänische Ministerium des Aeußern verbreitet folgendes Komunique: Auf Einladung der norwegischen Regierung fand vom 1. bis 4. Februar in Kopenhagen eine Zusammenkunft zwischen den Staatsministern und den Ministern des Aeußern von Dänemark, Schweden und Norwegen statt. Hierbei wurde eine Anzahl Fragen von gemeinschaftlichem Interesse behandelt. Erstens wurde die Frage betr. Beitritt zum Völkerbund besprochen. In Verbindung mit einem Meinungsaustausch hierüber wurden die Bestimmungen eines Völkerbundsübereinkommens behandelt, die für die kleineren, während des Krieges neutralen Ländern besonders bedeutungsvoll sind. Dabei wurde Uebereinstimmung bezüglich der Auffassung dieser Bestimmungen erzielt. Ferner wurde die Frage betr. die Anerkennung gewisser neu gebildeter Staaten besprochen. Es zeigte sich Einigkeit darüber, wie die drei Regierungen sich zu dieser Frage verhalten werden. Ähnlich wie bei früheren Ministerkonferenzen wurde eine Uebereinstimmung über die handelspolitische Entwicklung gegeben. Wegen eventueller Maßnahmen zum Schutze gegen Besteuern von Importen anderer Länder zum Schaden der Erwerbsinteressen der drei nordischen Länder herrschte Uebereinstimmung. Hinsichtlich der auf Initiative der Finanzminister bei der Zusammenkunft in Amsterdam auch an die drei nordischen Regierungen gerichteten Aufforderung wegen der Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz war man sich darüber einig, seine Zustimmung zu geben. Ferner einigte man sich über die Abhaltung einer Konferenz von Vorkriegsständen der

Landes unter der Erörterung, inwiefern gemeinschaftliche Maßregeln getroffen werden könnten, um der Depression der Kronenvaluta im Verhältnis zur auswärtigen Valuta entgegenzuwirken. Weiter wurde die Frage bezüglich des nordischen sozialpolitischen Zusammenwirkens behandelt.

Zum Attentat auf Erzberger.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Die Schutzverletzung Erzbergers stellt sich, wie wir zuverlässig aus der Charite erfahren, nach der dort vorgenommenen Röntgenaufnahme als nur leichter Natur heraus, was auch durch die schnell fortschreitende Genesung des Ministers bestätigt wird. So ist an Hand der Röntgenplatte festgestellt worden, daß der Schulterknochen unverletzt ist. Eine Kugel in der Wunde konnte ebenfalls nicht festgestellt werden.

Allerlei Nachrichten.

Ein Ausgleichsamt.

Mit der Leitung des nach dem Friedensvertrag zu errichtenden Prüfungs- und Ausgleichsamtes ist der Gouverneur z. D. Haber betraut worden. Im übrigen ist in Aussicht genommen, Zweigstellen für das Reichsausgleichsamt in Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Dresden, München, Nürnberg, Leipzig, Stuttgart, Mannheim oder Karlsruhe, Hamburg und Bremen zu errichten.

Bayerischer Verfassungskonflikt?

Die Frage, ob die Teuerungszulage für Geistliche vom Staat oder von den Kirchen zu zahlen sei, führt im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages zu einem Streit. Die bayerische Volkspartei verlangt die Uebnahme auf die Staatskasse. Die Regierung lehnt dies ab, sobald ein Verfassungskonflikt droht. Die Regierung will den Staatsgerichtshof anrufen, während der Landtag sich die authentische Auslegung der Verfassung selbst vorbehält.

Eine internationale Banknote.

Das englische Fachblatt „The Financier“ macht einen höchst originellen Vorschlag zur Befriedigung der Valutanten, unter denen heute alle Länder Europas leiden. Es wird vorgeschlagen, eine internationale Banknote zu schaffen, die dem System der Goldwährung angepaßt ist und unter Gefinanzierung der früheren Kriegsführenden ausgegeben wird. Es würde sich um 1000 Milliarden Franken in Noten handeln, mit einer Umlaufzeit von 100 Jahren. Die Banknoten würden den vollständigen Ersatz für Geld darstellen. Auf jeden größeren Staat kommen 18 1/2 v. H., auf Deutschland etwa 185 Milliarden. Damit könnte Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Entente und den Neutralen nachkommen und seine inneren Finanzen ordnen. Nach Ablauf von 100 Jahren oder früher könne jedes Mitglied dieser finanziellen Vereinigung seinen Anteil zurückziehen, was bei beiderseitiger Produktion möglich sei.

Die Lage der Weltwirtschaft.

Wie der „Newe Courant“ aus London meldet, ergründet der Direktor des britischen Hilfswerkes, Sir William Goode, in einem Telegramm an Lord Curzon Bericht über die Lage der Weltwirtschaft. Nach einer Uebersicht über das Geld und die Verschärfung der Not, die in Mittel- und Ostasien herrscht, erklärt Goode, eine vollkommene und weitreichende Hilfe und Mitarbeit der beteiligten Staaten erscheine als das einzige Mittel, um Kredite zu verschaffen, ohne die ein beträchtlicher Teil der europäischen Staaten in vollkommener Entartung, ja sogar Anarchie geraten würde. Es ist undenkbar, daß die Forderungen, die wir gesehen haben, in halb Europa ohne tägliche Gefahren für einen politischen Brand fortbauern könnten. Der Bericht Goodes erregt in der Londoner Presse großes Aufsehen. „Daily Chronicle“ schreibt im Hinblick auf die furchtbare Lage, die in dem Bericht geschildert wird: Ohne Kredit könne von einer Finanzierung oder irgendeiner Versorgung mit Rohstoffen keine Rede sein, und ohne Rohstoffe sei es für die am schwersten mitgenommenen Länder unmöglich, sich zu erheben. Das Blatt sagt: Kreditverleihung ist das einzige Mittel, um die Ueberherstellung sowohl der vorurteiligen Minderheiten als auch der verarmten indischen Länder zu ermöglichen.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

30. Fortsetzung.

Rinella wachte sich mit dem Schürzenzipfel die Augen aus und schaute in ihre Hände, ganz niedergeschmettert von dem Gefühl der ersten, großen Enttäuschung in ihrem jungen Leben.

Und drinnen im „Salon“ sah Salomea und grübelte...

Nicht das plötzliche Auftauchen des südafrikanischen Onkels ist es, was sie bewegt, nicht das Bewußtsein, daß ihre Lage sich bald verbessern wird — nur an Jolanda denkt sie, an Jolanda, die durch ihr großmütiges Geschenk das Leben ihres Sohnes gerettet.

Die ganzen drei Wochen daher, die sie mit Rinaldo am Meeresstrand verbracht, da sie von Tag zu Tag beobachtet konnte, wie ihr Liebling sich kräftigte, wie die Schatten des Siechtums sich verflüchtigen — während dieser ganzen Zeit war ihre Seele voll tiefster Dankbarkeit für die Spenderin dieses Glücks.

Und diese Dankbarkeit wuchs und wuchs... bis sie fast überquoll in dem Herzen dieser eigenartigen, in sich abgeschlossenen und doch so unendlich warm und tief empfindenden Frau.

Ja, sie fühlte es: sie liebte Jolanda — liebte sie von ganzem Herzen.

Und diesem Wesen, das sie liebte, droht Unheil — Unheil durch das plötzliche Auftauchen des Onkels aus Südafrika, der in begreiflichem Zorn über die Ungerechtigkeit, welche einer Schwelgerin widerfahren, Klarheit in die ganze dunkle Sache bringen will.

Als Carlo Belloni spät abends aus seinem Atelier heimkehrte, in welchem er zur Fertigstellung von ein paar Kleinigkeiten an seinem großen Bild sogar bei Lampenlicht gearbeitet — da erzählt ihm Salomea von dem seltsamen, unerwarteten Besuch, den sie inzwischen gehabt und wie der ausnahmsweise Onkel jene Erblassensangelegenheit beurteilte.

Au ihrer Verwunderung schüttelt Carlo nicht mißbilligend den Kopf.

Im Gegenteil — er begleitet ihre Mitteilungen mit allen Zeichen lebhaftester Zustimmung. Auch er sei jetzt der festen Meinung, daß eine Testamentsumtersuchung fangehanden hat.

Auf Salomeas erregte Frage, weshalb er seine Ansicht plötzlich geändert, erzählt er, daß diese Sinnesänderung nach und nach gekommen wäre.

Vor allem habe der Besuch des Marchese Bernardo Bonmartino dazu beigetragen, der ihm eine lange Geschichte, voll von Widersprüchen und Unwahrscheinlichkeiten vortrug, die ihm zu denken gegeben.

„Und das Kompromittierendste für ihn in der ganzen Sache ist“ — sagt Carlo lebhaft hinzu — „er bot mir Geld an — eine Unterfertigung“, wie er es nannte.“

„Nun? Und du?“ ruft Salomea mit blühenden Augen.

„Ich sagte ihm, ich hätte in der Angelegenheit kein Recht zu entscheiden. Die Sache ginge meine Frau an. Bei ihrer Rückkehr würde ich sie ihr vorlegen.“

Salomea schweigt eine Zeitlang. Die Mitteilung kommt gar so unerwartet!

„Carlo“ — sagt sie endlich, und ihre tiefe Stimme klingt selbst am leichtesten und verschleierte — „Nehmer Carlo, darf ich ganz nach meinem Gefühl entscheiden?“

„Aber gewiß, Liebste. Ich habe vollstes Vertrauen in deine Einsicht.“

„Bist du glücklich, mein geliebter Gatte?“

„Sehr glücklich. Wer ein Weib besitzt, wie du eines bist.“

„Und Kinder — süße, liebe Kinder, wie die unserigen, nicht wahr?“ fällt sie lebhaft ein.

„Ja, Salomea — liebe Kinderchen, wie die unserigen!“ „Der mich glücklich sein — gewiß! Und wer hat uns dieses Glück beschert?“ Jolanda Bonmartino, indem sie und unsern teuren Jungen am Leben erhielt. Carlo, mein lieber Carlo, hör mir genau zu! Angenommen, es hat damals eine Testamentsumtersuchung stattgefunden. Mein Onkel Paolo will den vernünftigen Schatz gegen die Bräder führen, der uns Geld, viel Geld bringen soll. Ich aber will dies nicht, denn an ihm würde das Unglück des Lebens hängen, das ich liebe, das rein und unschuldig ist und

Kleine Meldungen.

Berlin. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat es 109 745 Stimmberechtigte, die am Dienstag in der ersten Zone über die Zukunft Nordschleswig entscheiden sollen.

Darmstadt. Gegen die Auslieferung des Großherzogs haben alle Stadtverordnete einschließlich des U.S.P. Einspruch erhoben.

Paris. Der Seinepräfekt macht bekannt, daß alle Personen aus Elsass-Lothringen, die im Innern Frankreichs wohnen, im Rathaus ihres Heimatsortes sich eine Karte eintragen müssen, um die französische Nationalität auf Grund der Vorläufe des Friedensvertrages von Versailles zu erlangen.

Saag. Der Telegrafist meldet: Die Bolschewiken haben die Gewerkschaften Europas drablos eingeladen, den russischen Gewerkschaftskongress mit Abgeordneten zu beschiden.

Stockholm. Die schwedische Regierung entschloß sich, bei den Vereinigten Staaten eine Anleihe von 20 Millionen Dollars aufzunehmen. Vier Banken erklärten sich schon zur Annahme von je 25 000 Anteilscheinen zu je 100 Dollars bereit.

Stockholm. Nur dem Dazwischentreten der alliierten Militärmissionen ist es zu verdanken, daß General Zudenitsch nicht in die Gewalt der Bolschewiken fiel. Gegenwärtig befindet sich der General im britischen Konsulat in Reval.

London. Der Korrespondent der „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß Millerand sich in nächster Zeit zu einer Unterredung mit Lloyd George nach London begeben wird.

London. Daily Chronicle berichtet, daß die Aburteilung der von der Entente befreiten Deutschen in besetzten Gebieten vorgenommen werden soll, wobei die „größte Annäherung an ein neutrales Verfahren“ beabsichtigt würde.

Trotz eigener Not greift in die Tasche
Mit Deiner

Grenz-Spende

für die Volksabstimmungen
auf Postkontos Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schulbund, Berlin NW 34

Das Währungsseilend.

W.B. Deutschland steht tief in einer Währungsnot, aus der es sich durch Veräußerung von Gütern allmählich zu befreien vermag. Das die Verrückung der Währung eine Folge der Papiergeldüberfüllung ist, kann aus dem oben nicht mehr bestritten werden, die in unständlicher Weise von einer „Auslösung der Kaufkraft“ reden. Tatsächlich stehen wir vor dem Zwang, eine neue Bank- und Münzgesetzgebung zu schaffen. Wenn es nur darum handelte, uns von Papiergeldmiliarden zu befreien, so wäre der Weg sehr einfach. Wir sehen heute, daß für zwanzig Goldmark rund 500 Papiermark bezahlt werden. Was läge uns näher, als auf der Grundlage des noch vorhandenen Metallinhaltes der Reichsbank neue Noten mit der üblichen Zweidritteldeckung auszugeben? Gehehe das so würden wir wohl wieder zu normalen Preisen gelangen, denn die Kaufkraft der durch Gold und andere bankmäßige Sicherheiten gedeckten Noten wäre um das zwanzigfache größer als die unseres weichen, gewerbelten Papiergeldes. Aber so liegen die Dinge nicht. Es muß ein Verhältnis zwischen den Verpflichtungen und Leistungen des wirtschaftlichen Lebens geschaffen werden. Der heute Schulden zurückzahlen, der er vor sechs Jahren in Goldmark ausnahm, steht heute ungeliebt. Umgekehrt liegen die Dinge ungünstig für

nicht gemein bei mit der niedrigen Handlungsweise ihres Vaters und Onkels. Mein Carlo! In den drei letzten Wochen am Meeresstrand habe ich viel, viel nachgedacht und bin zu dem Entschluß gekommen, das Geheimnis, das über jenem Testament schwebt, ruhen zu lassen. Jolanda Bonmartino ist verstorben. Sie wird ein Kindchen haben — wie kleine Kinderchen, wie wir. Mein Carlo! Jolanda hat um unsern Rinaldo das Leben gerettet. Soll ich es ihr dadurch vergelten, daß ich ihren Kindern einen besetzten Raum in die Wiege lege? Nein, nein — niemals!

Salomea ist aufgesprungen. „Als sehe sie ein Gespenst vor sich, streckt sie beide Arme abwehrnd aus. Ihr ganzes Gesicht erstarrt vom Feuer reinster, edelster Menschenliebe.“

Carlo schweigt erschüttert. Zwar begreift kein Mensch tief angelegtes, mehr am Oberflächlichen haftendes Gemüt der Gedankengang dieser seltenen Frau nicht vollständig; aber unbewußt dringt er sich vor ihrer Seelengröße.

„Ich kann auch nicht die Unterfertigung“ annehmen, die der Marchese Bernardo dir anbietet“, fährt Salomea nach einer Weile ruhiger fort. „Sie kommt mir vor, wie ein — Schweißgeld... Alles oder — nichts! Ich sagte es schon früher einmal. Noch vor kurzem schmeichelte mich der nach „alles“ zu besitzen. Jetzt bin ich mit „nichts“ zufrieden. Wir sind gesund, wir sind glücklich. Ueberlassen wir jene beiden Männer, meine — Stiefbrüder, ihrem Gewissen und einem höheren Richter. Ich mag nichts mit der Sache zu tun haben!“

Nach wie wohl haben der arme Vater Carlo Belloni und seine edle Gattin sich so wahrhaft glücklich gefühlt, wie dem Abend, als sie Hand in Hand an die Seiten ihrer lieblichen treuen und mit Freudentränen in den Augen auf den beiden Kindergegenden niederließen.

„Liebe Raimo!“ flüstert soeben Rinaldo im Schlaf. „Wann kommt unsere schöne Kousine? Unsere gute Fee, die so herrliche Sachen brachte? Ich hab' sie lieb, die Kousine!“ „Doch gewiß“, drückt Salomea sich nieder und drückt einen Kuß auf die Stirn ihres genesenden Lieblinges — einen Kuß, der für sie eine feierliche Gelobung ist.

Fortsetzung folgt.

den, der heute Verkäufe und Leistungen in Papiermarkt übernimmt, die er nach der Geldreform in Goldmark zu- rückzahlen muß.

Die Fortsetzung der Währung ist eine, als das Reich begann, in d. h. seinen Organismus des Geld- wesens einzugreifen. Nun ist es uns während des Krie- ges allerdings gelungen, das immer wieder neu gedruckte Geld in Umlauf zu bringen, mit denen wir dann wie- der die Kosten des Krieges bestreiten. Nach dem Zusam- menbruch fehlte Roh und Ziel in der Reichsfinanzver- waltung. Da der Bedarf des Staates seine wirklichen Einnahmen um das Mehrfache übertraf, wurde das Mehr durch Schaffung von Papiergeld gedeckt. Nun läßt sich Geld überhaupt nicht neu schaffen, wenn nicht gleich- zeitig eine entsprechende Menge Waren neu erzeugt wird.

Somit könnte jeder Staat Milliarden an Papiergeld her- stellen, um sich aus allen Finanznöten zu befreien. Das Papiergeld des Reiches hat nur noch eine sehr ge- ringe Kaufkraft. Diese wird noch mehr sinken, da Wa- pengeldvermehrung und Zerstörung der Währung ihre Wirkung nur allmählich äußern. Die noch immer leid- lich festsitzenden wirtschaftlichen Verhältnisse werden zusehends gelockert, so daß die Kaufkraft des Papiergeldes selbst dann weiter sinken würde, wenn man die Notendruck- reizen heute schloße. Es gibt indessen nicht nur eine Wir- kung nach innen, sondern auch nach außen. Der Papier- marktskurs an den ausländischen Börsen hat den Nullpunkt nahezu erreicht. In den Gründen hierfür gehört auch die Ankündigung der Reichsbank, Silbergeld zu hohen Pa- pierkursen aufzukaufen. Damit ist jede Aussicht geschwin- den, daß das Papiergeld noch einmal einen höheren Kurs erreichen oder gar, — wie im Ausland gehofft wurde, — voll eingebracht werden könnte.

Von selbst vermag sich die Währung nicht wieder einzureufen. Für das Reich gibt es daher keine dring- lichere Aufgabe, als unsere Bank- und Münzgeschgebung neu zu ordnen. Sie ist sogar wichtiger als die Steuer- reform, weil ohne geordnete und gegliederte Geldwesen eine Steuerwirtschaft unmöglich ist.

Zur Auslieferungsfrage.

Roskes Stellungnahme.

Berlin, 6. Februar. Roske äußerte sich zu einem Berichterstatter der „Daily Mail“: In der Auslieferungs- angelegenheit werde ich nicht das Geringste tun, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht weil mit- daran liegt, den Friedensvertrag zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in Deutschland in der Lage ist, die Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Die Durch- führung ist einfach unmöglich.

Zwangsmassnahmen?

Basel, 6. Februar. Die „Information“ meldet aus Paris: Die Völkerverversammlung hat sich für den Fall einer Verzögerung der Auslieferung der angeforderten Per- sonen Zwangsmassnahmen ins Auge gefaßt, ohne jedoch schon bestimmte Entscheidungen zu treffen. Es wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Verhängung der Blockade über die deutschen Küsten und eine Besetzung rechtsrheinischer Gebiete vorgezogen.

Polales und Provinzielles.

Schierstein, den 7. Februar 1920.

Postdienstliches. Die hiesige Postverwaltung teilt uns mit, daß die von ihr am Donnerstag zur Ver- öffentlichung gebrachten Schalterdienststunden nunmehr wie folgt festgesetzt sind: An Werktagen 8—12 Uhr vor- mittags und 3—6 Uhr nachmittags; an Sonn- und Feiertagen von 8—9 Uhr vormittags.

Elternbeiträge. Wie bekannt, finden demnächst die Wahlen zu den Elternbeiträgen an den Schulen statt. Um die Bedeutung der Elternbeiträge und ihre Wahlord- nung bekannt zu geben, ist für nächsten Dienstag eine Elternversammlung im „Deutschen Kaiser“ einberufen. Die Wählerliste zur Wahl der Elternbeiträge liegt vom 11. d. M. ab auf Zimmer 1 des Rathauses auf. Die Wahlen selbst finden am 14. März d. Js. statt. Es ist zu hoffen, daß alle, welche schulpflichtige Kinder haben, sich an der Versammlung beteiligen, umso mehr, als jeden- falls auch die Aufstellung der Kandidaten stattfindet.

(-) Jubiläum. Heute sind es 40 Jahre, daß Herr G. Veitel von hier im Dienste der „Rheinhütte“ steht. Es ist dies gewiß ein schönes Beispiel von An- hänglichkeit und gutem Einvernehmen zwischen Arbeit- geber und Arbeitnehmer.

Vergnügungen veranstalten morgen Sonntag: Der Evangel. Kirchengesangsverein eine Familien-Unter- haltung im „Kaiser Friedrich“; Gesellschaft „Lohengrin“ Unterhaltung mit Tanz im „Deutschen Kaiser“; die Tanz- schüler des Herrn A. Horne Tanzkränzchen in der „Rhein- lust“, der Musikverein Schierstein in der „Stadt Mainz“, Wilhelmstr. 58, Konzert.

Standesamtliches. Ein geplanter Reichs- gezeugenwurm soll laut „D. Allg. Ztg.“ die bisher bei der Beurkundung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen vorgezeichneten Angaben über die Religion beseitigen. Er soll ferner einige Vorschriften des Personenstands- gesetzes beseitigen, die für unehelich Geborene Härten auf- weisen, ohne daß diese Bestimmungen durch ein Zwangs- bedürfnis geboten sind.

Residenz-Theater. Am Montag findet ein Lustspielabend statt, an dem Erdmann-Chatrains „Freund

Frei“ und Molières Komödie „Der eingebildete Kranke“ gegeben wird. Eine Reihe beliebter Kräfte sind hierfür gewonnen. Der Vorverkauf beginnt Samstag. — Der weitere Wochenplan gestaltet sich sehr abwechslungs- reich dadurch, daß an jedem Tage eine andere erfolg- reiche Operette gegeben wird.

* **Kauenthal.** 7. Februar. Bei der Wahl des hiesigen Bürgermeisters wurde Herr Albert Korn einstimmig gewählt.

Volkswirtschaftliches.

Das große Weingeschäft. In der zweiten Hälfte des Januar stante der Verkauf von 1919er Wein etwas ab. Einerseits erwarteten manche Winzer höhere Preise oder sagten, ihr Wein sei ihnen lieber als Papier; andererseits scheuen die Vermittler und Händ- ler doch vor den hohen und jetzt steigenden Preisen zu- eilen. Immerhin kommen noch Abfälle zustande; so verläuft der Forchhäuser Winzerverein die Hälfte der 1919er Ernte zu nahezu 30 000 Mark das Stück, und dieselben Preise wurden zu Vorch erreicht. Weiler rhein- aufwärts sind für Durchschnittswine mehrfach 35 000 Mark gezahlt, und für das Stück besserer Beschaffenheit bis zu 50 000 Mark und mehr geboten worden. Der dringende Antrag Dr. Kalks, alle Weinversteigerungen im ganzen Reich sollten mindestens ein Jahr verboten sein, erachtet durch die Käufer heftigen Widerspruch weil sie bei Annahme des Antrages auf ihrem teuren Wein sitzen bleiben würden. Bei der hundertfachen verschiede- nartigen Versteigerung der Rheingauer Weine läßt sich ein Mindest- oder Höchstpreis kaum künstlich erzwingen. Die Käufer verschauen die jetzigen hohen Preise nicht; der Handel ist still, und da der Wettbewerb überaus groß ist, überbietet einer den anderen. Man nimmt wohl mit Recht an, daß große Mengen 1919er Wein ins Ausland gehen, das beim Einbruch der Valuta trotz der jetzigen hohen Preisen immer noch nicht teuer einkauft.

Eingefandt.

In letzter Stunde

Wie man hört, sollen die Gehaltsansprüche des vor- kurzem gewählten Bürgermeisters derart hohe sein, daß eine Befreiung des Postens durch den Herrn fraglich ge- worden ist. Es wäre noch Zeit, wenn sich die beiden gegenüberstehenden Parteien einigten, die Stelle aus- zuschreiben und nicht die Zukunft unseres Ortes einer Vossenscheidung überlassen. Aus der Zahl der Be- werber, unter denen auch das jetzige Oberhaupt zu finden sein dürfte, könnte denn doch die geeignete Per- sönlichkeit ohne Rücksicht auf deren politisches Glaubens- bekenntnis herausgefunden werden. Im übrigen entspricht die in der Volksversammlung gemachte Darlegung eines sozial. Redners, daß besondere Kosten durch die Pension- nierung des jetzigen Bürgermeisters nicht entstanden, nicht den Tatsachen. Die Pension muß zur Hälfte aus der Gemeindefasse gezahlt werden, während die Pensions- fassse nur die andere Hälfte bezahlt. Auch wird ein er- heblich höheres Gehalt für den neuen Bürgermeister einen entsprechend höheren Beitrag der Gemeinde zu genannter Kasse zur Folge haben.

Darum nochmals, einigt Euch, Ihr Vertreter der Gemeinde und schreibt die Stelle aus, wie es von allen einsichtigen Bürgern gewünscht wird und demokra- tischen Grundsätzen entspricht.

Civis

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Fleisch.

In den hiesigen Metzgereien gelangen 110 Gramm Speck das Pfund zu 8.50, und 150 Gramm Fleisch das Pfund zu 8.50 Mk. zur Ausgabe.

Betr. Ausgabe von Roggen- und Weizenmehl.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen 125 Gramm Roggenmehl das Pfund zu 1.65 Mk., und 150 Gramm Weizenmehl das Pfund zu 0.90 Mk. zur Ausgabe.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Hund Schlüßel.

Näheres auf Zimmer 1 im Rathaus.

Schierstein, den 7. Februar 1920.

Der Bürgermeister.
J. B.: Lang.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Schierstein hat in der Zeit vom 9. Febr. bis 4. April 1920 insgesamt vier Stück Großvieh und fünf Stück Rinder als Schlachtwiech abzuliefern und zwar:

vom 9. Febr. bis 15. Febr.	1 Stück Großvieh
vom 1. März bis 7. März	1 Stück Großvieh
	3 Stück Rinder
vom 15. März bis 21. März	1 Stück Großvieh
vom 22. März bis 28. März	1 Stück Großvieh
	2 Stück Rinder

Die Kreisbauernschaft Wiesbaden.

Die Landwirte werden gebeten abgabefähiges Vieh mit- baldmöglichst anzeigen zu wollen.

Ebenso ist jeder erfolgte Verkauf mitzuteilen.

Schierstein, den 6. Februar 1920.

Die Ortsbauernschaft.

Schierstein.

Bekanntmachung.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volks- bildung hat durch Erlass vom 20. Nov. 1919 die Wahl von Elternbeiträgen angeordnet, und die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Wiesbaden hat durch Verfügung vom 27. Nov. d. Js. den Termin für die Wahl der Elternbeiträge auf den 14. März d. Js. festgesetzt. Um die Bedeutung der Elternbeiträge, ihre Satzungen und ihre Wahlordnung bekanntzugeben, hat der Schulleiter zwei Elternversammlungen (die erste min- destens 4 Wochen vor der Wahl) einzuberufen und eben- so zeitig vorher die Liste der Wahlberechtigten auszu- legen. Die Liste soll die Namen aller Eltern (auch der Adoptivkinder) der Schulgemeinde enthalten, die ein Kind oder mehrere in dem nach Ostern beginnenden Schuljahre zur Schule schicken. Dem Ministerial-Erlass vom 20. Nov. 1919 und der Regierungs-Verfügung vom 27. Januar 1920 gemäß lade ich alle diese Eltern auf

Dienstag, den 10. d. Mts., abends 7½ Uhr in den Saal zum „Deutschen Kaiser“ zur 1. Eltern- versammlung hiermit freundlich ein. Zugleich gebe ich bekannt, daß die Wählerliste zur Wahl der Elternbeiträge von Mittwoch, den 11. ds. Mts. ab 14 Tage lang im Zimmer 1 des Rathauses für die Wahlberechtigten zur Einsicht offen liegt.

Schierstein, den 6. Februar 1920.

Der Rektor: Herr.

Versteigerung.

Am Dienstag, den 10. ds. Mts., nachm. 1 Uhr, läßt die Ww. Frau Karl Diez hier, Gartenstraße 5, nachfolgende gut erhaltene Gegenstände freiwillig gegen Bar- zahlung versteigern.

1. zwei vollständige Betten
2. eine Bettstelle mit Matratze
3. zwei Bettstellen
4. 2 zweitürige Kleiderschränke
5. zwei Nachttische
6. ein Vertikow, mehrere Tische, Stühle, Bilder, Küchengeräte und Bottige.

Tanzkränzchen

Am Sonntag, den 8. Februar nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Rheinlust“.

Die Tanzschüler
des Herrn Anton Horne.

Zur Stadt Mainz

58 Wilhelmstraße 58

Sonntag, den 8. Februar

großes Konzert ab 6 Uhr.

Ausgeführt von M. B. Sch., wozu freundlichst einladet
Wilh. Schmidt.

Zum Auschaut la Friedensbier, Wormser
Apostelbräu.

Evgl. Kirchengesangs-Verein

Am Sonntag, den 8. Februar
findet im Saalbau „Kaiser Friedrich“ ein

Familien- unterhaltungsabend

von 4 Uhr nachm. ab statt.

Wir laden alle Ehren- aktive und unaktive Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich ein

Der Vorstand.

Zahle für Geflügel per Stück 1.20 Mk.

Kaufe Geflügel, Kognakflaschen, Bor- deauxflaschen, altes Eisen, Lumpen, Me- talle, Korke, Reih- und Hasenfelle zu be- deutend erhöhten Preisen.

Fr. Alder,

Willystraße 21.

Wiesbaden

Telephon 3830.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden u. Bekannten sowie seinen Kameraden die traurige Mitteilung, dass heute morgen unser innigstgeliebter Sohn

Paul

uns im blühenden Alter von 17 Jahren nach kurzem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden durch den Tod entrissen wurde.

Um stilles Beileid bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Christoph Kieser,
Gärtnerbesitzer.

Schierstein, 7. Februar 1920.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. Februar 1920, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Blierweg 15, aus statt.

In Wiesbaden, Adolfsallee 201 wird für einen Haushalt von drei Personen ein tüchtiges

Alteinnädchen

a. 15. Febr. oder 1. März gesucht. Näheres zu erfahren Gartenstr. 5, Schierstein.

Gut erhaltene

Herrenschuhe

(Größe 44)

billig zu verkaufen. Friedensw. Gartenstr. 15

Gesellschaft „Lohengrin“ Schierstein.

Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr veranstalten wir im „Deutschen Kaiser“ eine

Unterhaltung mit Tanz.

Um zahlreichen Besuch bitten

Der Vorstand.

Versicherungen

jeder Art, wie Transport, Reisegepäck, Feuer, Einbruch, Glas-, Haftpflicht, Unfall-, Lebens- und Rentenversicherungen bei allerersten Gesellschaften übernimmt
Versicherungsbüro, Adolfsallee 28, Wiesbaden.
Nicodemus und Freiherr von Massenbach.

Vertreter für Schierstein:

Hugo Antor, Karlstraße 22.

Achtung!

Brillanten, Gold und Silber in jeder Form, sowie goldene Uhren kauft höchstzahlend

M. Krasnoborski,

Wiesbaden, Uhrmacher und Juwelier, Bleichstraße 28

Geübter

Spiralbohrerschleifer

gekauft.

Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft

Wiesbaden

Selenenstraße 26.

Achtung!

Zur Frühjahrssaat empfehle meine

Gemüse-Sämereien

in nur feinkräftiger Ware. Katalog stets zu Diensten. Beachten Sie meine beiden Schaufenster.

Samenhaus Georg Nickel, Wiesbaden,
30 Westrigstraße 30

Vermessungsbüro Leinweber

Moritzstrasse 62. Wiesbaden. Fernruf 3678.

Ausführung von katasteramtl. Teilungsmessungen und Grenzerstellungen, Höhenaufnahmen. Anfertigung von Lageplänen zu Baugesuchen usw.

Gold- und Silbermünzen kauft

M. Heine, Wiesbaden, Westrigstraße 4.

Färberei und Dekatier-Anstalt

Friedrich Hildebrand

Mainz, Altenauergasse 2, Seitengasse der Quintinsstrasse.

Färben

von Herren- und Damen-Kleiderstoffen, fertiger und zertrennter Kleider und Mäntel.

Appretieren

zertrennter getragener Kleider auf „Neu“.

Schwarz für Trauer innerhalb 24 Stunden.

Dekatieren

neuer Kleider-Stoffe zur Vermeidung von Regenflecken u. späterem Einlaufen der fertigen Kleider.

Abdämpfen

durch Regen befeckter Kleider.

Prima Kantabak

garantierter reiner Tabak, gute Beize, 100 Rollen 80 Mark Mittelchnitt teile 17.50 Mk. in 100 Gr. Paketen 18 Mk. das Bünd. Büchler, Wiesbaden, Herderstr. 26. Versand gegen Nachnahme.

Die neuesten Formen

zum Färbieren von

Stroh- und Tagelöhnen

sind eingetroffen.

Modistinnen erhalten

Preisermäßigung

Reelle Bedienung!

Eigene Werkstätte,

Wag u. Fassonier-Meister

J. Wagner,

Mainz, Münsterstr. 3.

Fluge Frauen

gekauft bei Regelführung

und Seidung merke in den

hartnäckigen Fällen behau-

währten Spezialmittel. Voll-

kommen anlässlich! Mit

Garantischein! Wenn alles

nicht gehoben, machen Sie

noch einen Versuch, auch Sie

werden mir dankbar sein.

Versandt geschieht die

E. Ahlning, Hamburg 23,

Chlodwigstr. 195.

Corsetts

nach Maß

werden aus mitgebrachtem

Stoff angefertigt u. gestickt.

Schnorr, Viebrich,

Friedrichstr. 14, II.

1 kleiner

Schubkarren

zu verkaufen. Rheinstr. 10.

Zu verkaufen:

2 Drellich-Anzüge,

2 Paar Arbeitskleider,

1 blauer Kieker Anzug für

6-8 jähr. Jungen,

1 Koth-Anzug, schmale Figur

1 Tiber Kinderpelz-Garnitur,

weiß.

1 Drelli-Bügelstein,

1 Petroleum-Öllampe,

6 B. weiße, baumwollene

Strümpfe,

1 rothbedrucktes Kostüm,

1 Gehrock,

1 neue Feldbluse, schmale

Figur. Zu erfragen in der

Geschäftsstelle.

Rucksäcke,

Samaschen,

Schulranzen,

Ledermappen,

empfehle billig

G. Rump,

Wiesbaden,

Moritzstraße 7.

Trauer-

Druckfächer

in vornehmer Ausführung

auf Wunsch in wenigen

Stunden, liefert

Buchdruckerei

W. Probst.

Gut-Impresserei

Wiesbaden,

20 Bleichstraße 20.

Herrenhüte

werden nach den neuesten

Formen umgepresst.

B. Spielmann,

Wiesbaden.

Kaufe

zu hohen Preisen

Brillanten

Uhren

Gold

Silber

in jeder Form und

Menge.

Singer,

Wiesbaden,

4 Langgasse 4